



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Planungsangelegenheiten am 10.04.2018**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 17:55 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder:

Dr. Michael Lämmerhirt Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Vertreter für Herrn Bernstiel, Teilnahme ab 17:04 Uhr
Frank Sängler Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Vertreter für Herrn Sprung
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme ab 18:06 Uhr
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Yvonne Winkler	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Marcel Dörrer	Sachkundiger Einwohner
Christian Hartwig	Sachkundiger Einwohner
Ingo Kautz	Sachkundiger Einwohner
Alexander Keck	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme bis 18:59 Uhr
Dirk Radde	Sachkundiger Einwohner
Manfred Sommer	Sachkundiger Einwohner

Verwaltung:

Uwe Stäglin	Beigeordneter GB II
Lars Loebner	Leiter Fachbereich Planen
Dr. Petra Sachse	Leiterin DLZ Wirtschaft, Wissenschaft & Digitalisierung
Ivo Schneider	amt. Leiter Abteilung Liegenschaften
Bärbel Goldfuß	Sachbearbeiterin Grundstückswertermittlung
Sarah Lange	stellv. Protokollführerin

Gäste:

Dirk Lindemann	Leiter Ansiedlungsmanagement, Stadtwerke Halle
----------------	--

Entschuldigt fehlten:

Christoph Bernstiel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Michael Sprung	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Thomas Felke	Sachkundiger Einwohner
Dr. Uwe-Volkmar Köck	Sachkundiger Einwohner

zu **Einwohnerfragestunde**

zu **Herr Thomas zu Rahmenbedingungen der Stadtplanung**

Herr Thomas sagte, dass Halle eine historische Stadt ist und fast ausschließlich Nachkriegsplanung, welche in Amerika nicht erfolgreich war aufweist. Er fragte, wann in Halle Stadtplanung mit Erfahrung europäischer Städte angewandt wird.

Herr Stäglin antwortete, dass Halle eine hohe partizipative Stadtplanung auszeichnet und er die pauschale Kritik von Herrn Thomas nicht teilte.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten wurde von **Herrn Dr. Lämmerhirt** eröffnet und geleitet.

Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Herr Dr. Lämmerhirt wies auf die Dringlichkeitsvorlage

*Baubeschluss - Sanierung Dach und Fassade Peißnitzhaus, Peißnitzinsel 4 in 06108 Halle (Saale) über das Förderprogramm "Soziale Stadt Fördergebiet Halle-Neustadt"
Vorlage: VI/2017/03559*

hin und bat nach Ausführung der Notwendigkeit, um Abstimmung zur Aufnahme der Dringlichkeitsvorlage auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis mit mehr als 2/3 Mehrheit SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis mit mehr als 2/3 Mehrheit SR: einstimmig zugestimmt

Des Weiteren informierte **Herr Dr. Lämmerhirt**, dass die Niederschrift vom 13. März 2018 vertagt werden muss.

Herr Feigl bat um Vertagung des TOP 5.1, da es noch Klärungsbedarf innerhalb der Fraktion gibt.

Es gab keine weiteren Anmerkungen, so dass **Herr Dr. Lämmerhirt** um Abstimmung der geänderten Tagesordnung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Genehmigung der Niederschrift
- 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 13.02.2018
- 3.2. Genehmigung der Niederschrift vom 13.03.2018 → **vertagt**
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Absichtserklärung zur Gründung einer interkommunalen Arbeitsgemeinschaft zur Vorbereitung einer regionalpolitischen Entscheidung zum Projekt „Saale-Elster-Kanal“
Vorlage: VI/2018/03739
- 4.2. Bebauungsplan Nr. 32.3 Heide-Süd, 3. Änderung - Abwägungsbeschluss
Vorlage: VI/2017/03605
- 4.3. Bebauungsplan Nr. 32.3 Heide-Süd, 3. Änderung - Satzungsbeschluss
Vorlage: VI/2017/03606
- 4.4. Änderung der „Satzung zum Ausgleich ermäßigter Ausbildungstarife im Ausbildungsverkehr in der Stadt Halle (Saale) - Ausgleichssatzung (AusglS)“
Vorlage: VI/2017/03695
- 4.5. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 154 „Einkaufszentrum Vogelweide“ - Abwägungsbeschluss
Vorlage: VI/2018/03775
- 4.6. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 154 „Einkaufszentrum Vogelweide“ - Satzungsbeschluss
Vorlage: VI/2018/03776
- 4.7. Baubeschluss - Sanierung Dach und Fassade Peißnitzhaus, Peißnitzinsel 4 in 06108 Halle (Saale) über das Förderprogramm "Soziale Stadt Fördergebiet Halle-Neustadt"
Vorlage: VI/2017/03559
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Instandsetzung von Fuß- und Radwegen
Vorlage: VI/2018/03722 → **vertagt**
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Anfrage der Stadträtin Manuela Hinniger (Fraktion DIE LINKE) zu Planungen in Heide Nord
Vorlage: VI/2018/03901

7. Mitteilungen
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen
- 9.1. Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Anzahl der Haltestellen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 13.02.2018

Es gab keine Anmerkungen zur öffentlichen Niederschrift vom 13. Februar 2018, so dass **Herr Dr. Lämmerhirt** um Abstimmung der Niederschrift bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4 Beschlussvorlagen

**zu 4.1 Absichtserklärung zur Gründung einer interkommunalen Arbeitsgemeinschaft zur Vorbereitung einer regionalpolitischen Entscheidung zum Projekt „Saale-Elster-Kanal“
Vorlage: VI/2018/03739**

**zu 4.1.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Absichtserklärung zur Gründung einer interkommunalen Arbeitsgemeinschaft zur Vorbereitung einer regionalpolitischen Entscheidung zum Projekt „Saale-Elster-Kanal“ (Vorlagen-Nummer VI/2018/03739)
Vorlage: VI/2018/04000**

Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat der Stadt Halle (Saale) wurde ein Wortprotokoll angefertigt.

Frau Dr. Sachse

Meine Damen und Herren, die Verwaltung bittet Sie, den Stadtrat, den Oberbürgermeister zu autorisieren eine Absichtserklärung zu unterzeichnen zur Gründung einer interkommunalen Arbeitsgemeinschaft zur Vorbereitung der regionalpolitischen Entscheidung zum Projekt „Saale-Elster-Kanal“.

Die gesamten Arbeiten, die vor uns liegen, dienen dazu, die Entscheidung über die weitere Fortführung des weiteren Nachdenkens über das Projekt „Saale-Elster-Kanal“ zu konkretisieren. Es geht hier um eine grundsätzliche Absicht, ein Projekt, was auf interkommunaler Ebene vorangetrieben werden soll, zu prüfen, die grundsätzlichen Voraussetzungen auszuloten, die erforderlichen Handlungsfelder zu konkretisieren, Überlegung der Rechtsform und so weiter zu schaffen. Das heißt, bevor eine dauerhafte Trägerschaft, eine dauerhafte Struktur geschaffen wird, wird es selbstverständlich einen weiteren Beschluss des Stadtrates geben. Es geht hier wirklich nur um Vorüberlegungen.

Es gab in der vergangenen Sitzung die Diskussion um die anfallenden Kosten. Nach Zusammenstellung aller Handlungsfelder kann ich Ihnen versichern, dass es keine Kosten geben wird in dieser Phase, die für die Beauftragung von Externen anfallen werden, sondern alles, was im Moment zu tun ist, kann mit der Kraft der Verwaltungen selbst geleistet werden. Wie schon gesagt, Herr Lindemann wird die Stadtverwaltung, die Stadt Halle, vertreten in der Arbeitsgemeinschaft, die ihre Arbeit aufnehmen wird, beziehungsweise jetzt gibt es eine Arbeitsgruppe zur Inwertsetzung des „Saale-Elster-Kanals“, in der Herr Lindemann bereits vertreten ist.

Herr Dr. Lämmerhirt

Dankeschön Frau Dr. Sachse, Herr Feigl hatte sich gemeldet und hat das Wort.

Herr Feigl

Also inhaltlich hatten wir ja bei der letzten Sitzung schon über die Vorlage gesprochen, insofern war das, glaube ich, soweit klar. Sie haben es auch gesagt, dass wir ein bisschen verwundert sind da drüber und über Ihre Antwort bin ich noch umso mehr verwundert, dass jetzt gar keine Kosten anfallen. Das kann ich mir schlicht nicht vorstellen und da ja bestimmte Aufgaben wirklich zu bewältigen sind und in der Vorlage steht auch was von Gutachten drin. Da muss es doch eine Beauftragung geben, das kann ich mir nicht vorstellen, dass das wirklich die Stadtverwaltung...

Eine direkte Nachfrage hätte ich noch zu dem Verhältnis von Herrn Lindemann. Sie haben gesagt, dass er die Stadt vertritt, in dieser Arbeitsgruppe. In welchem Verhältnis steht denn der Herr Lindemann, in welchem arbeitsrechtlichen Verhältnis steht er denn?

Herr Stäglin

Das ist aber eine Einzelpersonalangelegenheit, die nicht in den öffentlichen Teil gehört.

Herr Feigl

Also wenn jemand... Ist er Angestellter der Stadt? Das können Sie doch...

Herr Stäglin

Herr Feigl, Nein. Das Thema ist eine Einzelpersonalangelegenheit und im öffentlichen Teil redet man nicht über Einzelpersonalangelegenheiten.

Herr Feigl

Also, ich frage dies explizit nach, weil das ja genau ein Kostenfaktor ist. Also, wenn er ein Angestellter der Stadt Halle ist...

Herr Dr. Lämmerhirt

Herr Feigl, ich würde ganz kurz dazu einspringen. Herr Lindemann ist bei den Stadtwerken angestellt und es ist eine GmbH, wo die Stadt zwar Mehrheitseigentümer ist, das ist richtig, aber kein städtischer Mitarbeiter. Dementsprechend, wenn wir diesbezüglich sprechen wollen im nichtöffentlichen Teil.

Herr Feigl

Dann konkretisiere ich das. Also, da wir ja nun wissen, dass es ein Mitarbeiter der Stadtwerke ist. Wie ist denn das Rechtsverhältnis da, beziehungsweise wie wird das finanziert. Also, er wird ja nicht für nichts für einen Dritten arbeiten. Das verstehe ich jetzt ganz nicht, weil sie ja explizit darauf abgestellt haben, dass keine Kosten anfallen.

Frau Dr. Sachse

Die Frage hatte übrigens Herr Lindemann beim letzten Mal schon beantwortet. Ich weiß jetzt nicht, ob ich nochmal dazu was sagen soll. Also, Herr Lindemann ist der Ansiedlungsbeauftragte der Stadtwerke, arbeitet in dem Zusammenhang eng mit der Stadtverwaltung zusammen und befasst sich außerdem mit Projekten wie zum Beispiel diesem.

Herr Dr. Lämmerhirt

Gut, dass ist aus meiner Sicht die Frage beantwortet. Herr Eigendorf hatte dann noch eine Frage. Bitteschön.

Herr Eigendorf

Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Es ist ja so, dass wir hier den Oberbürgermeister dazu ermächtigen sollen, diese Absichtserklärung zu unterzeichnen und meine Kritik oder beziehungsweise meine Frage geht in dieselbe Richtung, wie die von Herrn Feigl. Wir haben uns jetzt immer auf den Punkt E bezogen, indem ja steht, dass entstehende Kosten durch die einzelnen Vertragspartner jeweils selbst getragen werden. Nun sagen Sie, Frau Dr. Sachse, dass da keine Kosten entstehen.

Wenn wir aber mal ins Handlungsfeld C schauen. Im Prinzip ermächtigen wir den Oberbürgermeister mit einem Beschluss im Stadtrat dazu, das umzusetzen, was hier drin steht. Da haben wir das Handlungsfeld C „Interkommunaler Arbeitsgemeinschaft“ und gerade bei diesen letzten zwei Punkten „Durchführung von gemeinsamen interkommunalen länderübergreifenden Projekten zur Inwertsetzung des „Saale-Elster-Kanals““ und vor allem beim letzten Punkt „Beauftragung von notwendigen Gutachten, Studienuntersuchung in unterschiedlicher Auftraggeberschaften“, kann ich mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass die Kommunen, auch wenn es nun mehrere sind, die sich hier beteiligen, nicht nur Halle, Leipzig, auch andere Anrainerkommunen, dass das, gerade diese ganzen Geschichten rund um die Gutachten und Studien durch die Verwaltung selber erledigt werden können und da keinerlei Kosten entstehen.

Wenn wir uns das alleinige Volumen anschauen dieses Projektes, den alleinigen Aufwand, der dadurch entsteht, muss doch das Ganze eine Notwendigkeit erklären von Gutachten, Studien, Untersuchungen im Umfang, die nicht kostenneutral sein können.

Frau Dr. Sachse

Ich habe übrigens nicht gesagt, es entstehen keine Kosten. Ich habe gesagt „Es entstehen keine Kosten für externe Beauftragungen“. Die Formulierung heißt „es geht um Beauftragung von notwendigen Gutachten“, das heißt die Handlungsfelder, um die es im Moment geht, sind die, dass die notwendigen Gutachten und Studien, die beauftragt werden müssen, später in der Struktur, die geschaffen werden muss, zusammenzustellen. Es geht darum, Studien, die in den Städten schon vorhanden sind, zusammenzustellen und zu schauen, welcher Bedarf an weiteren Studien, an weiteren Gutachten ist noch notwendig.

Es geht zum Beispiel darum, regionalplanerische Abstimmungen zu finden zwischen den einzelnen Partnern. Es geht darum, die betroffenen Grundstücke zusammenzustellen, Das sind alles Dinge, die die Kommunen und Landkreise selbst erledigen können. Es geht natürlich auch um Rechtsberatung, aber auch das sind Dinge, die eigenen Strukturen in den Kommunen und in den Landkreis selbst erledigen können. Es geht also um die Vorbereitung

dieser Handlung. Es heißt ja auch Beauftragung „Beauftragung notwendiger Gutachten“, das heißt es wird besprochen, welche Gutachten beauftragt werden müssen, um in diesem Projekt weiter zu kommen.

Herr Dr. Lämmerhirt

Dankeschön. Herr Dr. Fikentscher.

Herr Dr. Fikentscher

Wie auch immer das im Einzelnen beschrieben wird, aber mit der Beauftragung muss ja der Oberbürgermeister, der eigentlich von sich aus Gespräche führen könnte, dazu braucht er nicht unseren Beschluss, muss er ja was vorbereiten, wenn das alles aufgezählt ist. Und das, was vorbereitet wird, muss ja umgesetzt werden, und das kostet Geld. Und wenn er mit unserem Auftrag alles macht, dann kommt eine Rechnung auf den Tisch. Was bleibt denn dem armen Stadtrat übrig, außer „Ja“ zu sagen?

Das lässt sich doch gar nicht mehr zurückholen, weil der Oberbürgermeister im Auftrag des Stadtrates das alles verhandelt hat, mit anderen zusammen das festgestellt hat, dass dies und dies alles beauftragt oder ausgeführt haben. Und an der Stelle kann der Stadtrat praktisch gar nichts mehr sagen. Da muss er nur noch sagen „Ja, vielleicht ein bisschen sehr teuer geworden.“ Aber das können wir uns als Stadt aus der Sache überhaupt nicht mehr zurückziehen. Und deswegen ist das eine sehr weitreichende Entscheidung, die wir jetzt treffen.

Herr Dr. Lämmerhirt

Herr Lindemann. Für Herrn Lindemann müssten wir auch noch das Rederecht beantragen, das wäre wichtig, weil er kein städtischer Mitarbeiter ist. Deshalb die Stadträte bitte um ihr Votum. Wer ist dafür für das Rederecht? Ja, wer ist dagegen? Wer enthält sich? Einstimmig. Sie haben das Wort.

Herr Lindemann

Vielleicht nochmal zwei, drei Bemerkungen. Ich hatte das ja schon das letzte Mal mit angesprochen. Ich muss Frau Dr. Sachse da unterstützen, weil am Anfang entstehen wirklich nur die Kosten, die der jeweilige Verwaltungsmitarbeiter der beteiligten Kommune, beziehungsweise Landkreise verursacht. Diese interkommunale Arbeitsgruppe soll ja erst mal gegründet werden und dann, wie Frau Dr. Sachse es schon ausgeführt hat, die einzelnen Gutachten, Studien, was da liegt sichten, feststellen, was muss neu gemacht werden, was ist überhaupt noch nicht berücksichtigt worden und ab diesem Zeitpunkt wird es sowieso dann nochmals eine Diskussion innerhalb dieser interkommunalen Arbeitsgruppe geben, welche Rechtsform man sich denn überhaupt gibt. Und ab diesem Zeitpunkt dieser Rechtsformänderung, ob es eine interkommunale Arbeitsgemeinschaft oder wie auch immer heißen wird, dann bedarf es natürlich erneuter Vorlagen und dann bedarf es auch natürlich eines Kostenplanes, der dann vorliegen wird. Aber im ersten Viertel, halben Jahr passiert da überhaupt nichts an dieser Stelle.

Herr Dr. Lämmerhirt

Herr Schied hat das Wort.

Herr Schied

Dann finde ich persönlich, dann kann man das auch so reinschreiben. Hier steht was anderes. Und das Problem ist, wenn es dann einmal drinsteht und wir es einmal beschlossen haben, dann wird es uns dann am Ende so ausgelegt. Der Stadtrat hat beschlossen, der Stadtrat hat mich beauftragt. Zack. Kennen wir.

Herr Lindemann

Aber es gibt doch wie in jedem Jahr einen Haushaltsplan. Und sie finden in diesem Jahr keinen Titel, wo das drin steht, weil es auch nicht betroffen ist und wie gesagt, wenn es zu dieser Verfahrensweise kommt, dass die interkommunale Arbeitsgruppe feststellt „Wir sind jetzt so weit, wir können uns eine andere Rechtsform geben, um dieses Projekt voranzutreiben.“ dann wird es natürlich eine erneute Vorlage geben und dann wird es in jeden Ausschuss gehen auch mit Finanzen unterlegt; oder die interkommunale Arbeitsgruppe kommt sogar, das kann auch passieren, zu dem Schluss „Das Projekt wird zu teuer, es rechnet sich nicht.“ dann wird dieses Projekt gestoppt werden. Diese zwei Varianten gibt es.

Herr Dr. Lämmerhirt

Dankeschön Herr Lindemann. Herr Feigl.

Herr Feigl

Also wenn das so ist, wie Sie es darstellen, dann müssen wir die Vorlage ändern und dann würde ich gegebenenfalls dafür nochmal eine Vertagung beantragen, dass wir einfach dann in den Text nochmal reingehen und wirklich da einiges raushauen, was da einfach nicht reingehört, wenn das so gewollt ist, wie Sie es darstellen. Ich kann das so nicht ganz erkennen, wie Sie es uns hier versuchen glauben zu machen. Das Ziel ist ja eine Idee die man hat soweit zu qualifizieren, dass dann am Ende wirklich Zahlen drinnen steht, wo man sagt „der Aufwand ist nötig, der finanzielle Aufwand ist für Variante A, B, C nötig, um das umzusetzen“ und das werden Sie nicht erreichen, wenn Sie einfach mal die Unterlagen, die irgendwo rumliegen, sortieren und daraus lässt sich ja noch kein Erkenntnis gewinnen, der so groß ist, dass ist jetzt ein Projekt, das bringt uns ungemein an dieser Stelle voran. Sondern er ist notwendig und genauso steht es eben in der Vorlage drin, es ist notwendig, dass weitere Untersuchungen erfolgen müssen und das weitere Gutachten beauftragt werden müssen, um es wirklich so substantiell zu machen, dass man am Ende eine Entscheidungsgrundlage hat. So verstehe ich das und dann ist es nicht nachvollziehbar, warum das nichts kosten soll, wenn Sie mir sagen, ja im ersten halben Jahr kostet das nichts. Gut und danach? Die Vorlage die wir hier liegen haben die ist ja nicht auf ein halbes Jahr begrenzt, da steht ja nicht mal drin, dass wir nach einer Sichtung der bisherigen Unterlagen einen Beschluss hierher kriegen, wie der nächste Schritt ist oder sowas. Nein, wenn man die Vorlage liest, dann ist es ein Freifahrtschein auf der Geschichte loszulaufen. Wir bekennen uns dazu, dass wir das wollen und jetzt machen wir alle Gutachten und untersetzen das, das lese ich aus der Vorlage raus.

Herr Dr. Lämmerhirt

Frau Dr. Sachse.

Frau Dr. Sachse

In der Vorlage ist formuliert, die Laufzeit der Absichtserklärung ist bis zur Einführung einer dauerhaften Struktur in Trägerschaft begrenzt. Wir reden über diese Zeitraum. Und in diesem Zeitraum soll genau das passieren, was ich vorgetragen habe. Also Zusammenstellen von Gutachten und so weiter. Die also alle weiteren Entscheidungen vorbereiten. Um nichts anderes geht es hier an dieser Stelle.

Herr Dr. Lämmerhirt

Ich denke, dass das auch sehr deutlich wird, was Frau Dr. Sachse sagt und dass das eigentlich verstanden werden müsste. Herr Eigendorf.

Herr Eigendorf

Also wie ich das verstanden habe, hat Herr Feigl jetzt erstmal einen Geschäftsordnungsantrag gestellt, den wir abstimmen müssten, oder?

Herr Dr. Lämmerhirt

Bis jetzt hat er noch keinen gestellt. Er könnte jetzt einen stellen.

Herr Feigl

Dann tue ich das, dann würde ich jetzt beantragen die Vorlage zu vertagen, um sie im Text nachzuarbeiten, dass es entsprechend auch ein paar Notnagel drin sind, wo wir halt die Bremse ziehen können. Also ich beantrage Vertagung.

Herr Dr. Lämmerhirt

Gut, bevor wir darüber abstimmen hat Herr Stäglich noch das Wort.

Herr Stäglich

Da müsste ich selbst gucken in der Geschäftsordnung, ob die Verwaltung die Gegenrede halten kann gegen den Vertagungsantrag, weil ich denke wir haben eine Vertagung gehabt, um Fragen zu klären. Frau Dr. Sachse, Herr Lindemann haben die Punkte beantwortet, nachdem die Verwaltung nochmal die Bedenken in der letzten Sitzung geäußert überprüft haben, den Sachstand aus Sicht der Verwaltung geschildert. Ich sehe keine Notwendigkeit für eine Vertagung, sondern die Möglichkeit der Diskussion und eines Weitertransportierens in die nächsten Gremien. Und allen Fraktionen steht es immer frei Änderungsanträge zu Vorlagen der Verwaltung zu stellen, wenn Sie bestimmte Sichtweisen nicht vertreten sehen in der vorliegenden Textfassung. Und deswegen denke ich, wir kommen weiter, wenn wir eine Entscheidung über die vorliegende Vorlage hier erreichen.

Herr Dr. Lämmerhirt

Ich denke dem ist nichts hinzuzufügen. Wir stimmen über die Vertagung ab. Die Stadträte bitte um Ihr Votum. Wer ist für die Vertagung? Ich würde jetzt abstimmen wollen. Wer ist für die Vertagung? Wer ist gegen die Vertagung? Wer enthält sich? Gut, mehrheitlich abgelehnt die Vertagung. Herr Eigendorf hat das Wort.

Herr Eigendorf

Vielen Dank Herr Vorsitzender, dann möchte ich jetzt für die SPD-Fraktion einen Änderungsantrag einbringen, indem wir folgenden Passus einfügen.

Herr Dr. Lämmerhirt

Also Frau Lange kommt jetzt zu Ihnen Herr Eigendorf.

Herr Eigendorf

„Der Stadtrat wird ermächtigt den Oberbürgermeister“ jetzt der neue Passus „unter der Bedingung, dass für die Stadt keinerlei zusätzliche Kosten entstehen“ und dann weiter der bisherige Text „zu Unterzeichnung“ etc.

Herr Dr. Lämmerhirt

Gibt es sonst noch Redebedarf? Herr Schramm, wollen Sie das jetzt noch loswerden?

Herr Schramm

Nein.

Herr Dr. Lämmerhirt

So, dementsprechend liegt uns jetzt die Änderung vor. Die dann wie folgt heißt: „Der Stadtrat ermächtigt den Oberbürgermeister unter der Bedingung, dass für die Stadt keine zusätzlichen Kosten entstehen...“ und weiterführend.

So, dann stimmen wir über den Änderungsantrag von Herrn Eigendorf ab. Als erstes die sachkundigen Einwohner, mit der Bitte um Ihr Votum. Wer ist dafür? Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Mehrheitlich zugestimmt. Jetzt die Stadträte bitte um Ihr Votum. Wer ist dafür? Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Mehrheitlich zugestimmt.

Dann stimmen wir über die geänderte Beschlussvorlage ab. Die Sachkundigen Einwohner bitte um Ihr Votum. Wer ist dafür? Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Mehrheitlich zugestimmt. Die Stadträte bitte um Ihr Votum. Wer ist dafür? Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Mehrheitlich zugestimmt.

-Wortprotokoll Ende-

TOP 4.1.1

Abstimmungsergebnis SKE: **mehrheitlich zugestimmt**

Abstimmungsergebnis SR: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat ermächtigt den Oberbürgermeister **unter der Bedingung, dass für die Stadt keine zusätzlichen Kosten entstehen**, zur Unterzeichnung der Absichtserklärung zur Gründung einer interkommunalen Arbeitsgemeinschaft zur Vorbereitung einer regionalpolitischen Entscheidung zum Projekt „Saale-Elster-Kanal“.

TOP 4.1

Abstimmungsergebnis SKE: **mehrheitlich zugestimmt mit Änderungen**

Abstimmungsergebnis SR: **mehrheitlich zugestimmt mit Änderungen**

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat ermächtigt den Oberbürgermeister **unter der Bedingung, dass für die Stadt keine zusätzlichen Kosten entstehen**, zur Unterzeichnung der Absichtserklärung zur Gründung einer interkommunalen Arbeitsgemeinschaft zur Vorbereitung einer regionalpolitischen Entscheidung zum Projekt „Saale-Elster-Kanal“.

zu 4.2 Bebauungsplan Nr. 32.3 Heide-Süd, 3. Änderung - Abwägungsbeschluss
Vorlage: VI/2017/03605

zu 4.3 Bebauungsplan Nr. 32.3 Heide-Süd, 3. Änderung - Satzungsbeschluss
Vorlage: VI/2017/03606

Frau Grimmer wies darauf hin, dass im Abwägungsbeschluss vier Datumsangaben der Stellungnahmen falsch zitiert wurden und für die Stadtratsvorlage korrigiert werden. (Stellungnahme 1.6: 27.07.2016; Stellungnahme 1.14: 01.08.2016; Stellungnahme 1.18: 08.08.2016; Stellungnahme 1.24: 21.08.2016)

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, so dass **Herr Dr. Lämmerhirt** um Abstimmung der beiden Beschlussvorlagen bat.

TOP 4.2:

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt nach Änderungen

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt nach Änderungen

Beschlussempfehlung:

1. Den in der Anlage zu diesem Beschluss enthaltenen Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 32.3 Heide-Süd, 3. Änderung wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne der Öffentlichkeit die in ihren Stellungnahmen abwägungsrelevante Anregungen vorgebracht hat, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

TOP 4.3:

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt den Bebauungsplan Nr. 32.3 Heide-Süd, 3. Änderung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der vorgelegten Fassung vom 14.12.2017 als Satzung.
2. Die Begründung mit dem Umweltbericht in der vorgelegten Fassung vom 14.12.2017 wird gebilligt.

- zu 4.4 **Änderung der „Satzung zum Ausgleich ermäßigter Ausbildungstarife im
Ausbildungsverkehr in der Stadt Halle (Saale) - Ausgleichssatzung (AusglS)“**
Vorlage: VI/2017/03695
-

Es gab keine Wortmeldungen zur Beschlussvorlage, so dass **Herr Dr. Lämmerhirt** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die dritte Änderung der Satzung zum Ausgleich ermäßigter Ausbildungstarife im Ausbildungsverkehr in der Stadt Halle (Saale) - Ausgleichssatzung (AusglS).

- zu 4.5 **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 154 „Einkaufszentrum Vogelweide“
- Abwägungsbeschluss**
Vorlage: VI/2018/03775
-

- zu 4.6 **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 154 „Einkaufszentrum Vogelweide“
- Satzungsbeschluss**
Vorlage: VI/2018/03776
-

Herr Loebner teilte mit, dass bei internen Überprüfungen festgestellt wurde, dass eine Bürgerstellungnahme nicht mit aufgeführt wurde. Das ist ein formeller Mangel, der durch erneute Beschlussfassung geheilt werden kann, welches im ergänzenden Verfahren durchgeführt wird. Der Beschluss wird dadurch rückwirkend wieder in Kraft gesetzt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, so dass **Herr Dr. Lämmerhirt** um Abstimmung der beiden Beschlussvorlagen bat.

TOP 4.5:

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Den in der Anlage zu diesem Beschluss enthaltenen Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 154 „Einkaufszentrum Vogelweide“ vom 31.01.2018 wird zugestimmt.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne der Öffentlichkeit, den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, die in ihren Stellungnahmen abwägungsrelevante Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

TOP 4.6:

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 154 „Einkaufszentrum Vogelweide“, bestehend aus dem Rechtsplan (Teil A), den textlichen Festsetzungen (Teil B) und dem Vorhaben- und Erschließungsplan (Teil C) gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch in der vorgelegten Fassung vom 21. Juni 2017 als Satzung.
2. Die Begründung in der vorgelegten Fassung vom 31.01.2018 wird gebilligt.
3. Die Satzung wird im Wege des Verfahrens zur Behebung von Fehlern gemäß § 214 Absatz 4 Baugesetzbuch rückwirkend zum 11.11.2017 in Kraft gesetzt. Die Verwaltung wird beauftragt, die Satzung ortsüblich bekanntzumachen.

**zu 4.7 Baubeschluss - Sanierung Dach und Fassade Peißnitzhaus, Peißnitzinsel 4 in 06108 Halle (Saale) über das Förderprogramm "Soziale Stadt Fördergebiet Halle-Neustadt"
Vorlage: VI/2017/03559**

Frau Goldfuß brachte die Beschlussvorlage ein und begründete diese.

Frau Winkler fragte, warum die Dachsanierung erst im Dezember 2018 durchgeführt wird.

Frau Goldfuß antwortete, dass die Dachsanierung über Fördermittel finanziert wird: Im Zuge des Fördermittelbescheides ergab sich, dass mehr Kosten entstehen und folglich der Fördermittelantrag geändert wurde. Die Zusage ist noch ausstehend.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, so dass **Herr Dr. Lämmerhirt** um Abstimmung der Vorlage bat.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt nach Änderungen**

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die Dachsanierung und die Fassadensanierung des Peißnitzhauses vorbehaltlich der Bewilligung von Fördermitteln sowie einer Kostenanerkennung für diese Maßnahmen aus dem Stadtbauprogramm „Soziale Stadt Fördergebiet Halle-Neustadt“.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine weiteren Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Anfrage der Stadträtin Manuela Hinniger (Fraktion DIE LINKE) zu Planungen in Heide Nord Vorlage: VI/2018/03901

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7 Mitteilungen

Es wurden keine Mitteilungen gegeben.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Herr Feigl zur Freiraumgestaltung August-Bebel-Platz

Herr Feigl fragte, ob es Planungen zur Freiflächengestaltung am August-Bebel-Platz gibt.

Herr Stäglin verwies auf die Präsentation zur Freiflächengestaltung von Frau Trettin in der letzten Planungsausschusssitzung. Des Weiteren gibt es die veränderte Hauptsatzung mit einer veränderten Beschlussfolge, die von der Verwaltung beachtet werden muss.

zu 8.2 Herr Feigl zum Hufeisensee

Herr Feigl fragte, ob es konkrete Planungen mit dem Wasserski-Zentrum am Hufeisensee gibt und ob diese den Stadträten vorgestellt werden.

Herr Stäglin antwortete, dass der Rat mit Beschluss des Bebauungsplanes die Machbarkeit von Projekten planungsrechtlich ermöglicht hat, so dass im Bereich des Wasserski-Zentrums ein Baufenster existiert. Wenn der Verwaltung planungsrechtlich zulässige Bauanträge eingereicht werden, so besteht ein Anspruch und wird entsprechend beschieden. Ein Beschlussvorlage-Automatismus besteht nicht.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Anzahl der Haltestellen

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.2 Herr Eigendorf zur Sicherheit von Radfahrer/innen

Herr Eigendorf berichtete, dass am Radweg in der Reilstraße/ Ecke Brunnenstraße ein sanierungsbedürftiges Haus gibt und an der Ampelkreuzung müssen aufgrund der Absperrung die Fahrradfahrer auf die Straße müssen und somit einem hohen Gefährdungspotenzial ausgesetzt sind. Er regte an, dass die Stadtverwaltung Alternativen prüft, um die Sicherheit der Radfahrer/innen zu gewährleisten

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.3 Herr Feigl zum Sitzungsraum

Herr Feigl regte an, in den Sommermonaten eine Verdunklung der Fenster in den Sitzungsräumen vorzunehmen.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Lämmerhirt beendete den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Dr. Michael Lämmerhirt
Ausschussvorsitzender

Sarah Lange
stellv. Protokollführerin